

**Zeitschrift:** Rote Revue : sozialistische Monatsschrift  
**Herausgeber:** Sozialdemokratische Partei der Schweiz  
**Band:** 35 (1956)  
**Heft:** 7

**Artikel:** Der Nazi-Druck auf die Schweiz  
**Autor:** Brügel, J.W.  
**DOI:** <https://doi.org/10.5169/seals-336908>

### **Nutzungsbedingungen**

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

### **Conditions d'utilisation**

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

### **Terms of use**

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

**Download PDF:** 15.03.2025

**ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>**

## Der Nazi-Druck auf die Schweiz

### *Neues Material wird bekannt*

Aus dem unübersehbaren Aktenmaterial des Berliner Auswärtigen Amtes, das den Alliierten in die Hände gefallen ist, wurde nunmehr ein weiterer Band ausgewählt und veröffentlicht.\* Er enthält Aufzeichnungen und Weisungen des Ribbentropschen Auswärtigen Amtes und Berichte der deutschen Vertreter im Ausland aus der Zeit vom März bis August 1939, also von der Besetzung Prags bis knapp vor Kriegsausbruch. Manches von dem, was die emsige Forscherarbeit einer Gruppe von Historikern hier zutage gefördert und gesichtet hat, ist nurmehr von fachlich-historischem Interesse. Nichts, was der Band enthält, bringt irgend etwas Überraschendes. Höchstens, daß sich einige englische Konservative jetzt dafür schämen dürften, daß sie, wie aus der Veröffentlichung hervorgeht, noch nach der gewaltsamen Besetzung der Tschechoslowakei und vor dem Überfall auf Polen versucht hatten, Hitler goldene Brücken zu bauen und ihn weiter durch Konzessionen auf anderer Leute Kosten für sich zu gewinnen.

Wir wollen hier nur die Dokumente kurz betrachten, die in dem Band enthalten sind und auf die Beziehungen des Dritten Reiches zur Schweiz Bezug haben. Auch da handelt es sich diesmal um keine sensationellen, aber trotzdem um recht bezeichnende Dinge. Ende März 1939 ging das Gerücht um, England (das kurz darauf Polen garantierte) und Frankreich hätten Belgien, den Niederlanden und der Schweiz eine Garantieerklärung für ihre Grenzen angeboten. Ursprünglich wollte man in Berlin darauf mit Schritten bei den Außenministern der drei Staaten reagieren, denen gesagt werden sollte, daß jede Behauptung über deutsche Angriffsabsichten eine Verleumdung sei. Ribbentrop wollte sich zu einem solchen Schritt nicht bereitfinden, beauftragte aber seinen Staatssekretär, den notorischen Freiherrn von *Weizsäcker*, dem schweizerischen Gesandten deswegen Vorhaltungen zu machen. Bern sei, bemerkte Weizsäcker am 27. März rügend zu Gesandten *Frölicher*, offenkundig in Verbindung mit Frankreich und England in dieser Sache, wodurch sich die Schweiz der Gefahr aussetze, politischer Voreingenommenheit (!) geziehen zu werden. Frölicher antwortete, daß ihm von der Sache nichts bekannt sei, daß die Schweiz aber andere Staaten nicht daran hindern könne, untereinander solche Verhandlungen zu führen. Die Schweiz würde sich, wenn angegriffen, selbst verteidigen und sich von niemandem Hilfe auf-

---

\* Documents on German Foreign Policy, 1938—1945, Series D, Vol. VI, The last Months of Peace, March—August 1939. London 1956. Die im Aufsatz verwendeten Zitate sind aus dem Englischen rückübersetzt, da die deutsche Ausgabe des Werkes noch nicht erschienen ist.

drängen lassen. Weizsäcker wollte aber mehr von Frölicher wissen, und dieser teilte ihm am 30. März mit, daß die Schweiz an diesen Sachen keinen Anteil habe und nur durch Zeitungsberichte informiert sei.

Diese korrekte Art der Abfertigung hätte sicher genügt. Merkwürdigerweise gab aber Bundesrat Motta am 11. April dem deutschen Gesandten Köcher eine ganz andere Antwort auf die gleiche Frage. Danach sei der damalige Schweizer Gesandte in Paris, Walter *Stucki*, am 21. März im französischen Außenministerium davon informiert worden, daß Frankreich und Großbritannien die Absicht hätten, die territoriale Unversehrtheit Belgiens, der Niederlande und der Schweiz gegen jeden Angriff zu garantieren. (Angesichts der ein Jahr darauf zutage tretenden Unfähigkeit der Verbündeten, auch nur die Besetzung von Holland und Belgien zu verhindern, kann man das kaum einen realpolitischen Plan nennen.) Stucki hätte für die Mitteilung gedankt, darauf aufmerksam gemacht, daß sich die Schweiz um keine Garantie beworben habe, und hinzugefügt, sie würde selbst, wenn nötig, den Zeitpunkt bestimmen, zu dem sie von ihr Gebrauch machen sollte. Es ist nicht einzusehen, wozu Motta dem deutschen Gesandten diese Mitteilungen über Dinge machte, die ihn gar nichts angingen, und es ist um so weniger einzusehen, weil Motta wissen mußte, daß Frölicher inzwischen in Berlin ganz andere Erklärungen abgegeben hatte. Motta fügte damals hinzu, die westliche Garantie für die Schweiz sei ganz überflüssig, weil die interessierten Mächte ihr im Notfall ohnehin zu Hilfe kommen würden. In Berlin machte man gleich darauf in Entrüstung, denn Stuckis Erklärung sei einer Annahme der Garantiezusage durch die Schweiz gleichgekommen. Das ist zwar eine höchst gewaltsame Auslegung, aber selbst wenn sie richtig wäre, hätte sie doch jemanden, der gar keine Angriffsabsichten zu haben behauptet, nicht weiter schrecken müssen!

Inzwischen setzte sich aber Weizsäcker auf ein anderes seiner Steckenpferde und machte dem Gesandten Frölicher am 2. Mai bittere Vorwürfe, daß die Schweizer Presse auf Hitlers Drohrede vom 28. April viel feindseliger reagiert habe als die Presse irgendeines anderen Landes, Amerika, England und Frankreich eingeschlossen. Besonders hatte es ihm damals der Berner «Bund» angetan. Mit welcher Unverfrorenheit Weizsäcker damals vorging, geht aus dem folgenden Satz seiner Aufzeichnung hervor: «Es ist mir unverständlich, wie sich die Schweiz vorstellt, daß eine solche Haltung mit ihrem angeblichen Wunsch nach Neutralität vereinbart werden kann. Die politischen Ziele, die sie damit verfolgt, sind mir ebenso unverständlich.» Weizsäcker war kein Ignorant; er hatte einige Jahre in Bern gelebt und wußte natürlich genau, daß eine Stellungnahme der Schweizer Presse in dieser oder jener Frage nichts mit der Haltung oder mit Absichten der Bundesregierung zu tun hat. Er mußte wohl auch wissen, daß Hitlers damaliger ordinärer Angriff

auf Roosevelt in der amerikanischen Presse viel schärfer beurteilt wurde als in der schweizerischen. Da er so tat, als wüßte er das alles nicht, hätte ihn sein Gesprächspartner darauf aufmerksam machen müssen. Nach Weizsäckers Angaben (die natürlich nicht unbedingt glaubwürdig sind) hatte aber Frölicher auf diese höchst unangebrachte Predigt wenig zu erwidern gewußt außer dem Bedauern darüber, daß sich Bundesrat Motta gerade auf Krankenurlaub im Süden befinde . . .

Weizsäckers Sorgen darüber, ob die Schweiz nur ja richtig neutral sei, hatten sich aber noch nicht beruhigt. Am 15. Mai beauftragte er den Gesandten Köcher, bei Motta gegen Stuckis angebliche Äußerungen zu protestieren. Die Schweiz spiele damit das britisch-französische Spiel (!). London und Paris böten Garantien für angeblich bedrohte Länder an, um das Unschuldskind Hitler aggressiver Absichten beschuldigen zu können, an die niemand ernstlich glaube (!!). Die Bundesregierung wisse doch, daß Deutschland nichts ferner liege, als eines der drei Länder anzugreifen. Mottas Bemerkung über die Überflüssigkeit der Garantie enthalte zwar eine gewisse Kritik am Vorgehen der Westmächte, aber diese sei nicht energisch genug. Wenn man auf dieser Bahn in Bern weiterschreite, verstärke man den Verdacht, daß die Schweiz eine einseitige Politik betreibe, die mit ihrer Neutralität unvereinbar sei.

Diese unverschämten Bemerkungen hat Köcher am 24. Mai an Motta weitergegeben. Wir erfahren nicht, was für eine Antwort er erhalten hat. Es wird kaum jene gewesen sein, die der Dreistigkeit des Auftretens der nationalsozialistischen Gangster einem souveränen Staat gegenüber angemessen war.

In Berlin, wo man sehr über Moral in internationalen Beziehungen wachte, war man aber mit der Antwort, die Köcher erhielt, nicht zufrieden. Am 10. Juli ordnete Ribbentrop eine Versteifung der Haltung gegenüber Belgien, Holland und der Schweiz an, und die Schweiz bekam in seiner Anordnung eine besonders schlechte Sittennote, weil ihre «jüngsten Erklärungen nicht zufriedenstellend» waren. Daraufhin nahm sich der unermüdlich über das Seelenheil der Schweizer wachende Weizsäcker am 13. Juli den Gesandten Frölicher vor und setzte ihm auseinander, daß es die Pflicht der Bundesregierung wäre, das Gleichgewicht wiederherzustellen und zur Neutralitätspolitik zurückzukehren – als ob sie sie auch nur einen Tag verlassen hätte! Frölicher habe, sagt Weizsäcker, hartnäckig widersprochen und behauptet, daß Stucki sich in Wirklichkeit ganz anders geäußert hätte. Nichtsdestoweniger sei er am Ende der Unterredung bereit gewesen, in Bern das «Nötige» zu veranlassen.

Das Herrn Weizsäcker «nötig» Scheinende wurde alsbald vollbracht. Am 20. Juli überreichte ihm Frölicher eine Note des Bundesrates, in der gesagt wurde, daß die Schweiz keine Hilfszusicherung wolle und lieber auf die eigene

Kraft vertraue. Ihr Recht, Hilfe in Anspruch zu nehmen, könne nicht bestritten werden. Ihre Neutralität könnte höchstens durch ungebetene Interventionen Dritter verletzt werden. Die Schweiz habe sich offiziell zu dem Garantieangebot gar nicht geäußert. Das war alles zweifellos richtig, stellte aber doch eine Desavouierung Stuckis dar, was immer er wirklich gesagt haben mag. Weizsäcker war aber immer noch nicht zufrieden, denn Stucki – meinte er – habe stillschweigend doch das Garantieangebot angenommen. Frölicher suchte ihn zu beruhigen, indem er ihm erzählte, die Schweiz würde sich einem deutschen Angebot gegenüber gleich verhalten wie einem anglo-französischen gegenüber. Damit scheint diese Affäre endlich eingeschlafen zu sein.

Es dürfte selten vorher in der Geschichte vorgekommen sein, daß eine Großmacht sich so sehr bemüht hat, aus einer winzig kleinen Fliege einen riesigen Elefanten zu machen. In dem Meer des damaligen Weltgeschehens ist das Ganze sicher höchstens ein Tropfen. Als typisch für die durch die diktatorischen Regime in die internationalen Beziehungen gebrachte Verwilderung sollte es aber nicht unterschätzt werden. Freilich versteht der Durchschnittsmensch das Grotteske der Situation wohl nur, wenn man sie aus der Sprache der diplomatischen Dokumente in die Alltagsbegriffe übersetzt. Hier lebte ein friedfertiger Mann – nämlich die Schweiz –, der allen Händeln aus dem Weg ging und nur seine Ruhe haben wollte. Neben ihm lebte ein höchst unruhiger Nachbar – das Dritte Reich –, von dem bekannt war, daß ihm in der letzten Zeit einige Raubüberfälle gelungen waren, für die ihn niemand zur Verantwortung gezogen hatte. Dieser berufsmäßige Einbrecher und Räuber behauptet nun, gehört zu haben, sein friedfertiger Nachbar wolle sich für sein Haus ein zweites Sicherheitsschloß anschaffen. Es stimmt zwar gar nicht, daß er diese Absicht hat, aber der notorische Einbrecher (und Lügner) erhebt nichtsdestoweniger ein Riesengeschrei, daß er sich provoziert fühle. Daraufhin gibt der Friedfertige alle nur möglichen Versicherungen ab, daß er die erhöhten Sicherheitsmaßnahmen gar nicht zu treffen gedenke, aber der Einbrecher spielt immer noch den Beleidigten, Gekränkten und Provozierten . . .

Die angekündigten weiteren Bände deutscher diplomatischer Dokumente dürften noch mehr Material darüber enthalten, welch unverschämte Erpressungen das Dritte Reich an der Schweiz verübt hat. Bisher hat sich unseres Wissens nur die sozialdemokratische Presse damit befaßt: die Tatsache, daß in einer Aufzeichnung des Berliner Auswärtigen Amtes dem schweizerischen Gesandten in Berlin, Frölicher, die Äußerung in den Mund gelegt wurde, «die Schweizer Regierung sei entschieden gegen eine Verjudung des Landes», scheint außer ihr niemand aufgegriffen zu haben. Wir werden jedenfalls weiter versuchen, jetzt bekannt werdende Fakten über den Nazi-Druck auf die Schweiz und die Methode, mit der ihm begegnet wurde, hier zu verzeichnen.